

Deutsche Politik am zehnten Jahrestag des Überfalls auf Jugoslawien Im dritten Anlauf

Von Hans Georg

Zehn Jahre nach dem NATO-Überfall auf Jugoslawien hält Berlin mit Hilfe völkischer Verbände den Sezessionsdruck gegenüber Belgrad aufrecht. Während das Kosovo nach deutscher Auffassung zum Staat geworden und so serbischem Einfluss endgültig entzogen ist, treiben "Volksgruppen"-Aktivisten im Grenzgebiet Serbiens zu Ungarn, der Vojvodina, ihre Forderung nach weit reichenden Sonderrechten ("Autonomie") voran. Unterstützt werden sie von der Minoritätenorganisation FUEV, die in Deutschland ansässig und eng an staatliche deutsche Stellen angebunden ist.

Die Schwächung Belgrads, die von den Autonomisten in der Vojvodina bewirkt wird, trifft den traditionellen Hauptgegner der deutschen Südosteuropa-Expansion. Bereits im Kaiserreich bezeichneten deutsche Geostrategen Serbien als "Riegel", der dem deutschen "Drang" zum Schwarzen Meer und nach Mittelost im Wege sei, berichtet der Publizist Dr. Klaus Thörner im Gespräch mit dieser Redaktion. Jugoslawien, dessen (Wieder-)Gründung im Anschluss an beide Weltkriege von den Westmächten gebilligt wurde, um der Südostexpansion Deutschlands Einhalt zu gebieten, wird in der deutschen Presse heute als "Notgeburt" bezeichnet - ganz im Stile der Gegner der Pariser Friedensverträge aus der Zwischenkriegszeit.

Zentrifugal

Die seit Jahren anhaltenden Auseinandersetzungen in der serbischen Provinz Vojvodina spitzen sich in diesen Tagen erneut zu. Die Ursache ist der Streit um ein "Autonomie"-Statut, das dem Gebiet weitere Sonderrechte gegenüber der Regierung in Belgrad verschaffen soll. Die aktuellen Pläne gehen weit über die bestehenden "Autonomie"-Regelungen hinaus und werden von Regierung und Parlament Serbiens bislang abgelehnt, weil sie die zentrifugalen Tendenzen in dem Land deutlich stärken. Druck, das Statut rasch umzusetzen, kommt hingegen von der EU-Kommission.[1] Das serbische Parlament wird sich am Freitag mit der Angelegenheit befassen.

Aus Deutschland unterstützt

Hintergrund der "Autonomie"-Bestrebungen in der an Ungarn grenzenden Provinz Vojvodina sind insbesondere Forderungen der ungarischsprachigen Minderheit. Offiziellen Angaben zufolge gehört ihr rund ein Siebtel der Provinzbevölkerung an. Die Minderheit verlangt völkisch definierte Sonderrechte, zeitweise war auch von Sezessionsbestrebungen und dem Anschluss einiger Gebiete an Ungarn die Rede.[2] Organisiert ist sie unter anderem im "Bund der Vojvodina-Ungarn" ("Vajdasági Magyar Szövetség"), der seinerseits - wie auch eine zweite Minderheitenorganisation der Provinz, die "Demokratische Liga der Kroaten in der Vojvodina" ("Demokratski Savez Hrvata u Vojvodini") - einem in Deutschland ansässigen Dachverband angehört. Dabei handelt es sich um die "Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV), die einst von früheren NS-Rassisten gegründet wurde und bis heute vom deutschen Staat gefördert wird. Die FUEV [3] unterstützt die "Autonomie"-Bestrebungen ihrer Mitgliedsorganisationen und ist in den letzten Jahren mehrfach in der vojvodinischen Stadt Subotica, einer Hochburg der ungarischsprachigen sowie der kroatischen Minderheit, aufgetreten - mit Tagungen und in Verhandlungen mit dem regionalen Polit-Establishment.

"Serbischer Riegel"

Mit der Schwächung Serbiens durch die Unterstützung der zentrifugalen "Autonomie"-Bestrebungen in der Vojvodina setzt Berlin seine gegen Belgrad gerichtete Außenpolitik fort. Diese hatte mit dem Überfall auf Jugoslawien, der sich am heutigen Dienstag zum zehnten Male jährt, der anschließenden Unterstützung für die kosovarische Sezession und schließlich der Anerkennung der Abspaltung Pristinas im Februar 2008 zuvor einen neuen Höhepunkt erreicht. Dabei gehören Aggressionen gegen Belgrad, die schon kurz nach den Umbrüchen des Jahres 1989 mit der vorpreschenden Anerkennung der slowenischen und kroatischen Sezession begonnen hatten [4], zu den alten Konstanten der Berliner Südostexpansion. Deutsche Geostrategen "haben ab 1913 ausdrücklich vom 'serbischen Riegel' gesprochen" [5], der der "deutschen Expansion ein Hindernis entgegensezte", berichtet der Publizist Klaus Thörner im Gespräch mit dieser Redaktion. Thörner hat die deutschen Südosteuropapläne von den Zeiten Friedrich Lists bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs eingehend untersucht und beschreibt, wie der Widerstand Belgrads gegen die Expansion Berlins zu einem wesentlichen Hintergrund für den Ersten Weltkrieg wurde.[6]

Widerstand beseitigt

Die Westmächte zogen aus dem Ersten Weltkrieg den Schluss, man müsse der deutschen Südostexpansion einen stärkeren Staat als Serbien entgegensetzen; deshalb billigten sie Belgrad die Gründung des weit größeren Jugoslawien, ebenso später nach dem Zweiten Weltkrieg die Wiedergründung dieses Staates zu. Die deutsche Medienöffentlichkeit hält für Jugoslawien, seit sich Deutschland in den 1990er Jahren zum dritten Mal an dessen Zerschlagung beteiligte, eine entsprechend negative Berichterstattung bereit. In diesen Tagen ist verächtlich von einer "Notgeburt vom Ende des Ersten Weltkriegs" [7] die Rede - ganz im Stile der Gegner der Pariser Friedensverträge aus der Zwischenkriegszeit. Tatsächlich ist mit der Zerstörung Jugoslawiens - ebenso mit der Spaltung der Tschechoslowakei - ein wichtiges Element der Pariser Friedensverträge längst beseitigt: ein Staat, der aus eigener Kraft in der Lage war, dem deutschen "Drang" nach Südost in gewisser Weise zu widerstehen.

Entrissen

"Womöglich ist die Zerschlagung des Landes noch nicht zu Ende" [8], warnt der Südosteuropa-Experte Klaus Thörner im Gespräch mit dieser Redaktion. Die aktuellen "Autonomie"-Streitigkeiten in der Vojvodina sind ein Beleg für entsprechende Tendenzen. Beim ersten Anlauf der deutschen Südostexpansion im Jahr 1914 war das Gebiet noch Teil Österreich-Ungarns und gehörte damit dem deutschen Machtblock an. Als Berlin seinen zweiten Anlauf startete und 1941 Jugoslawien zerschlug, übereignete es große Stücke der Vojvodina seinen Verbündeten Ungarn und Kroatien. In Belgrad, das nur noch einen Bruchteil des ehemaligen jugoslawischen Territoriums kontrolliert und sich nun "Autonomie"-Forderungen aus der Vojvodina gegenüber sieht, ist die Erinnerung daran höchst lebendig - zumal der aktuelle dritte deutsche Anlauf zur Südostexpansion ihm den Großteil seiner einstigen jugoslawischen Gebiete bereits entrissen hat. Die deutsche Hegemonie schreitet auch auf ehemals jugoslawischem Territorium voran. (PK)

- [1] *Vojvodina statute "expected to be blocked"; B92 23.03.2009*
- [2] *s. dazu Maximale Spaltung, Region des Jahres, Kolonialherren und Countdown*
- [3] *s. dazu Hintergrundbericht: Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen, Ethno-Netzwerk und Beziehungen pflegen*
- [4] *s. dazu Kooperationsraum*
- [5] *s. dazu Ohne Eigenständigkeit*
- [6] *s. dazu "Der ganze Südosten ist unser Hinterland"*
- [7] *Michael Stürmer: Das schier unendliche Drama im Kosovo; Welt Online 22.03.2009*
- [8] *s. dazu Ohne Eigenständigkeit*

Das Interview mit Klaus Thörner sowie die Rezension seines Buches "Der ganze Südosten ist unser Hinterland".finden Sie unter www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57499

Neue Rheinische Zeitung Online-Flyer Nr. 190 vom 25.03.2009